



# Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

## VIV-INFO | 8/2015

### VIV-Jahreshauptversammlung 2015

Die Stimmung der Unternehmen in der Region hat sich seit Herbst letzten Jahres deutlich aufgehellt und auch Deutschland ist aktuell in einer guten Verfassung. Ein niedriger Ölpreis, moderate Rohstoffkosten und ein schwacher Euro beflügeln die Wirtschaft. Ein positives Bild, das auch Dr. Stephan Kufferath, Vorsitzender der Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V. (VIV), zeichnet.

In seiner Rede bei der diesjährigen VIV-Jahreshauptversammlung auf Schloss

Burgau betonte er, wie wichtig es sei, sich gerade in guten Zeiten für die Zukunft zu wappnen.

Als eine der größten Herausforderungen für Deutschland in den nächsten Jahren nannte Kufferath die Energiewende. Sie müsse zu vertretbaren Kosten gelingen. Der deutsche Sonderweg bedeute für Industrie und Verbraucher auch Sonderlasten, die andere Länder nicht hätten und die die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gefährden.



v.l.n.r.: Hans-Harald Sowka, Prof. Dr. Günther Schuh, Hans-Helmuth Schmidt und Dr. Stephan Kufferath

### Kurz notiert

#### Wirtschaftsförderung - Gutachten

Die Mittelstandsvereinigung der CDU hat am 7. Mai 2015 mit 60 Teilnehmern über das Gutachten zur Wirtschaftsförderung der Stadt Düren diskutiert. Der VIV-Geschäftsführer diskutierte mit Herrn Dr. Mahnke und Bürgermeister Paul Larue. Die Positionierung von Hans-Harald Sowka finden Sie im Anhang. (So)



[Positionierung](#)

#### Verrohung der Sitten

Die Rechtsgrundsätze von Streiks geraten in Vergessenheit, bedauert Luitwin Mallmann, Hauptgeschäftsführer von *unternehmer nrw*. (So)



[Gastkommentar im Handelsblatt vom 12.05.2015](#)

### VIV-Info Wegweiser



Weitere Informationen erhalten Mitglieder im ExtraVIV



Bitte beachten Sie weitere Anhänge



Weitere Informationen auf Anfrage bzw. im ExtraVIV

Kritisch sieht der VIV-Vorsitzende zudem die Prioritätensetzung der Bundesregierung bei sozialpolitischen Themen wie Mütterrente und der Rente mit 63: „Das wird uns in einigen Jahren noch teuer zu stehen kommen: Entweder steigen die Steuern oder die Beiträge zur Sozialversicherung“, ist sich Kufferath sicher.

### Unternehmen nicht überfordern

Insgesamt neige die deutsche Politik dazu, die Unternehmen in ihrer Leistungsfähigkeit und Leidensfähigkeit zu überschätzen, erklärte Kufferath. Dies hänge möglicherweise auch mit einer völlig falschen Vorstellung in Politik und Öffentlichkeit von der Größe der Unternehmen in Deutschland zusammen. So beschäftigen laut Statistischem Bundesamt nur 1,6 Prozent der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland mehr als 250 Mitarbeiter. „Wir als Vereinigte Industrieverbände von Düren, Jülich und Euskirchen haben 140 Mitgliedsunternehmen. Davon haben mehr

als die Hälfte weniger als 100 Mitarbeiter und nur acht Unternehmen haben mehr als 500 Mitarbeiter“, erläuterte Kufferath. Auch die Gewinne von Unternehmen würden deutlich überschätzt. So erwirtschaftete beispielsweise kaum ein Drittel der Unternehmen in der deutschen Vorzeigebbranche, der Metallindustrie, eine Nettoumsatzrendite von mehr als vier Prozent.

### Reform der Erbschaftssteuer

Eine Gefahr der Überforderung insbesondere von familiengeführten, mittelständischen Unternehmen sieht Kufferath auch bei der aktuellen Diskussion zur Reform der Erbschaftssteuer. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis Mitte 2016 die steuerbegünstigte Vererbung von Unternehmen neu zu regeln. Kufferath plädierte auf der VIV-Jahreshauptversammlung dafür eine Lösung zu finden, die es erlaubt, Familienunternehmen unbeschadet an die nächste Generation weiterzugeben: „Das



Finanzamt will die Steuern in bar. Wenn das Geld aber in Maschinen und Gebäuden investiert ist, ist dieses Bargeld so nicht vorhanden. Wir wollen aber nicht, dass die nächste Unternehmergeneration Anteile an fremde Investoren verkaufen muss, um dieses Bargeld aufzutreiben. Wir wollen die lokalen, unabhängigen Familienbetriebe erhalten.“ (Dü)



Impressionen der JHV 2015  
VIV-Pressemitteilung

## Bahnstreik - der nächste kommt bestimmt

Zu dem - inzwischen beendeten - Streik der GDL bei der Deutschen Bahn erklärte Arbeitgeberpräsident Kramer:

Ich fordere die Gewerkschaft der Lokomotivführer auf, den für sieben Tage angekündigten Streik sofort abzusagen. Der gesamten deutschen Wirtschaft drohen Schäden von täglich 100 Millionen Euro. Das Vorgehen der GDL ist verantwortungslos und vollkommen unverhältnismäßig.

Ein siebentägiger Stillstand des Bahnverkehrs geht zulasten der gesamten Volkswirtschaft und aller Bahnreisenden. Der Streik der GDL richtet sich eigentlich gegen die konkurrierende Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, trifft aber die Deutsche Bahn mit all ihren Kunden. Die GDL nimmt die Kunden der Deutschen Bahn in Geiselschaft, um in einem rein innergewerkschaftlichen Machtkampf die

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft zu schwächen.

Der Streik trifft die ganze Breite der deutschen Industrie, vor allem aber die Automobil- und Stahlindustrie sowie die Chemie- und Rohstoffindustrie, die ohne pünktliche Zulieferungen innerhalb kürzester Zeit Produktionsausfälle erleiden. Wer für egoistische Einzelinteressen zentrale Teile der deutschen Infrastruktur lahmlegt, untergräbt die Akzeptanz der Tarifautonomie und ruiniert die Tarifpartnerschaft.

Ich appelliere an die GDL, das Angebot der Deutschen Bahn für eine Schlichtung anzunehmen. In der Schlichtung kann eine Lösung erreicht werden, die eine verantwortungsvolle Tarifpartnerschaft fördert und auch die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft einschließt.



Leserbrief Dr. Kufferath,  
Dürener Zeitung vom 05.05.2015

## Kurz notiert

### Pfändungsfreigrenzen ab Juli 2015

Mit Wirkung ab 1. Juli 2015 hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz die Pfändungsfreigrenzen angepasst; sie waren zuletzt zum 1. Juli 2013 erhöht worden. Entsprechend der Anhebung des einkommensteuerrechtlichen Grundfreibetrages werden die Pfändungsfreigrenzen um 2,76 Prozent angehoben.

Aus der „Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2015“ ergeben sich die konkreten unpfändbaren Beträge sowie aus der dazugehörigen umfangreichen Tabelle, gestaffelt nach unterschiedlichen Nettolöhnen und persönlichen Daten, die pfändbaren Beträge. (AS)



Tabelle Pfändungsfreigrenzen

## Gesetzliche Rentenversicherung

### - Rentenwertbestimmungsverordnung 2015

### - Rentenanpassung zum 1. Juli 2015

Das Bundeskabinett hat am 29. April 2015 die „Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2015“ (Rentenwertbestimmungsverordnung 2015) beschlossen.

Danach steigen die Altersbezüge der Rentner zum 1. Juli 2015 in Westdeutsch-

land um 2,1 Prozent und in Ostdeutschland um 2,5 Prozent.

In den alten Bundesländern erhöht sich der aktuelle Rentenwert dementsprechend von 28,61 Euro auf 29,21 Euro, in den neuen Bundesländern von 26,39 Euro auf 27,05 Euro. *(Kie)*

## Reallöhne

Die Bruttolöhne in Deutschland haben real (also nach Abzug der Inflationsrate) erstmals wieder das Niveau von 2000 erreicht. Meldet die Hans-Böckler-Stiftung.

Stärker sind allerdings die Tariflöhne gestiegen. Sie waren 2014 real um 10,9 Prozent höher als im Jahr 2000.

Wir ergänzen: Die Metalltariflöhne haben im gleichen Zeitraum um 16,3 Prozent zugelegt. *(So)*

## IMPRESSUM & KONTAKT

### Herausgeber

Vereinigte Industrieverbände von Düren,  
Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

### Verantwortlich für den Inhalt

Hans-Harald Sowka

### Kontakt

Vereinigte Industrieverbände e.V.  
Tivolistraße 76  
52349 Düren

**FON** 02421/4042-0

**FAX** 02421/4042-25

**E-MAIL** [info@vivdueren.de](mailto:info@vivdueren.de)

**WEB** [www.vivdueren.de](http://www.vivdueren.de)











**Vereinigte Industrieverbände**  
von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

---

## **Pressemitteilung**

### **Vereinigte Industrieverbände: In guten Zeiten für die Zukunft wappnen**

**Düren, 11.05.2015.** Die Stimmung der Unternehmen in der Region hat sich seit Herbst letzten Jahres deutlich aufgehellt und auch Deutschland ist aktuell in einer guten Verfassung. Ein niedriger Ölpreis, moderate Rohstoffkosten und ein schwacher Euro beflügeln die Wirtschaft. Ein positives Bild, das auch Dr. Stephan Kufferath, Vorsitzender der Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V. (VIV), zeichnet. In seiner Rede bei der diesjährigen VIV-Jahreshauptversammlung auf Schloss Burgau betonte er, wie wichtig es sei, sich gerade in guten Zeiten für die Zukunft zu wappnen.

Als eine der größten Herausforderungen für Deutschland in den nächsten Jahren nannte Kufferath die Energiewende. Sie müsse zu vertretbaren Kosten gelingen. Der deutsche Sonderweg bedeute für Industrie und Verbraucher auch Sonderlasten, die andere Länder nicht hätten und die die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gefährden.

Kritisch sieht der VIV-Vorsitzende zudem die Prioritätensetzung der Bundesregierung bei sozialpolitischen Themen wie Mütterrente und der Rente mit 63: „Das wird uns in einigen Jahren noch teuer zu stehen kommen: Entweder steigen die Steuern oder die Beiträge zur Sozialversicherung“, ist sich Kufferath sicher.

Den Arbeitgebern macht die Überregulierung des deutschen Arbeitsmarktes erheblich zu schaffen: Elternzeit, Zeitarbeit, Werkverträge, Mindestlohn, Frauenquote, Entgeltgleichheit, Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit – die Regulierungswut der Politik belastet die Unternehmen zunehmend. Das Resultat ist ein Dickicht aus Intransparenz und Bürokratie, das niemand mehr durchschaut.

### **Unternehmen nicht überfordern**

Insgesamt neige die deutsche Politik dazu, die Unternehmen in ihrer Leistungsfähigkeit und Leidensfähigkeit zu überschätzen, erklärte Kufferath. Dies hänge möglicherweise auch mit einer völlig falschen Vorstellung in Politik und Öffentlichkeit von der Größe der Unternehmen in Deutschland zusammen. So beschäftigen laut Statistischem Bundesamt nur 1,6 Prozent der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland mehr als 250 Mitarbeiter. „Wir als Vereinigte Industrieverbände von Düren, Jülich und Euskirchen haben 140 Mitgliedsunternehmen. Davon haben mehr als die Hälfte weniger als 100 Mitarbeiter und nur acht Unternehmen haben mehr als 500 Mitarbeiter“, erläuterte Kufferath. Auch die Gewinne von Unternehmen würden deutlich überschätzt. So erwirtschaftete beispielsweise kaum ein Drittel der Unternehmen in der deutschen Vorzeigebbranche, der Metallindustrie, eine Nettoumsatzrendite von mehr als vier Prozent.

### **Reform der Erbschaftssteuer**

Eine Gefahr der Überforderung insbesondere von familiengeführten, mittelständischen Unternehmen sieht Kufferath auch bei der aktuellen Diskussion zur Reform der Erbschaftssteuer. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis Mitte 2016 die steuerbegünstigte Vererbung von Unternehmen neu zu regeln. Kufferath plädierte auf der VIV-Jahreshauptversammlung dafür eine Lösung zu finden, die es erlaubt, Familienunternehmen unbeschadet an die nächste Generation weiterzugeben: „Das Finanzamt will die Steuern in bar. Wenn das Geld aber in Maschinen und Gebäuden investiert ist, ist dieses Bargeld so nicht vorhanden. Wir wollen aber nicht, dass die nächste Unternehmerngeneration Anteile an fremde Investoren verkaufen muss, um dieses Bargeld aufzutreiben. Wir wollen die lokalen, unabhängigen Familienbetriebe erhalten.“

### **Industrie 4.0**

Eines der Mega-Themen der nächsten Jahre ist die viel diskutierte Digitalisierung der Unternehmen („Industrie 4.0“). Auch für kleine und mittelständische Unternehmen ist es fundamental wichtig, sich mit dieser neuen Herausforderung auseinanderzusetzen. Nur wer die notwendigen Rahmenbedingungen für die Digitalisierung seiner Produktion schafft, kann dauerhaft am Markt bestehen.

Erste Impulse zum Thema vermittelte Prof. Dr. Günther Schuh, der diesjährige Festredner der VIV-Jahreshauptversammlung, in seinem Vortrag „Industrie 4.0 – Chancen und Risiken“. Prof. Schuh ist Direktor des Werkzeugmaschinenlabors der RWTH Aachen und des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnologie. Zudem ist er Direktor des Forschungsinstituts für Rationalisierung an der RWTH Aachen.

Die Vereinigten Industrieverbände haben 140 Mitgliedsunternehmen mit rund 16.000 Beschäftigten. 2014 erzielten die Mitgliedsunternehmen in der Region einen Umsatz von rund 3,874 Milliarden Euro.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka  
Telefon: 02421/4042-0  
Telefax: 02421/4042-25  
E-Mail: [info@vivdueren.de](mailto:info@vivdueren.de)



## Gutachten zur Wirtschaftsförderung der Stadt Düren „Düren muss sich neu erfinden“

### Positionierung von RA Hans-Harald Sowka, Düren

#### 1. Ich habe mir folgende Fragen gestellt:

1. Welche Erkenntnis zu Daten und Fakten ist neu?
2. Welche Handlungsempfehlungen sind neu?
3. Passen die Handlungsempfehlungen zur der Analyse:  
„Düren muss sich neu erfinden“?

Und wenn ich diese Fragen beantworte, dann muss ich leider sagen:

1. Nichts wirklich Neues.
2. Die Handlungsempfehlungen sind deckungsgleich mit denen für den Kreis Düren – und auch die sind seit Jahren bekannt.
3. Selbst wenn alle Empfehlungen realisiert sind, hat sich Düren nicht neu erfunden. Also: Analyse und Empfehlungen passen nicht zusammen.

Und im Übrigen habe ich mir natürlich die Frage gestellt:

Warum ein solches Gutachten überhaupt? Und warum fokussiert auf die **Stadt** Düren?

Und das verstehe ich bis heute nicht.

#### 2. Was erwarte ich von der Wirtschaftsförderung?

- Da befragen wir als Vereinigte Industrieverbände gerade unsere Mitglieder. In zwei oder drei Wochen wissen wir da mehr.

#### Meine persönliche Meinung:

1. Ich erwarte **nicht** und würde das auch für falsch halten, wenn sich Wirtschaftsförderung der Stadt oder auch des Kreises kümmern würden um
  - Demografiethemen oder um
  - Arbeitskräftebedarf, Berufsorientierung oder Förderung von Ausbildung.

Da gilt für meine Begriffe: viele Köche verderben den Brei. Da sollen sich federführend Arbeitsagentur und/oder IHK Aachen drum kümmern. Das sind wichtige Themen, aber nicht für die Wirtschaftsförderung.

2. **Existenzgründungsberatung** halte ich für wichtig, aber es kann nicht sein, dass sowohl die Wirtschaftsförderung des Kreises als auch der Stadt sich parallel hier drum kümmern. Also parallele Strukturen vermeiden.
3. Bestandspflege wäre für mich prioritär im Sinne von: Wenn Unternehmen vor Ort ein Problem haben, etwa weil eine neue Halle gebaut werden soll oder ein neuer Standort gesucht wird, da erwarte ich Hilfestellung, d. h. Beratung und Begleitung durch die Wirtschaftsförderung.
4. Gewerbeflächenmanagement wäre ein weitere Thema, und
5. Förderberatung: Gibt es für bestimmte Vorhaben Geld vom Land, oder vom Bund, oder woher auch immer?

### 3. Was wären denn Ihre Empfehlungen?

1. Keine Gutachten mehr, sondern Entscheidungsfreude der Politik
2. Die Verwaltung soll einen Vorschlag machen:
  - a. welche Aufgaben sollen zukünftig erledigt werden, und
  - b. welches Personal mit welcher Qualifikation brauche ich dafür?
  - c. sollte die Verwaltung sich auch klarmachen, was Wirtschaftsförderung **nicht** kann

Und dann soll die Politik entscheiden.

3. Keine oder möglichst wenige parallelen Strukturen im Kreis und Stadt
4. Keine Debatte um die Organisationsform der Wirtschaftsförderung – also eigenständige GmbH oder bei wem in der Verwaltung angesiedelt.
5. Bitte in fünf Jahren die Debatte nicht von vorne beginnen.

### 4. Was hat Sie an dem Gutachten geärgert?

Richtig **geärgert** hat mich das Kapitel über die Dürener Industrie.

**Erstaunt** haben mich allerdings auch widersprüchliche Zahlen, etwa zu den in der Dienstleistung Beschäftigten oder dem Ausländeranteil.

### 5. Wieso der Ärger über die Ausführungen zur Industrie?

Auf 14 Seiten lese ich etwas über die Industrie in Düren. Davon widmen sich 12 Seiten der Papierindustrie und zwei Seiten der Firma neapco.

Welche merkwürdige Gewichtung. Textilindustrie, Metallindustrie (außer neapco) oder Chemische Industrie finden schlichtweg nicht statt.

Und dann stimmen da die Zahlen nicht und die Wertung: Wir haben kein Cluster Papier, die stimmt auch nicht.

Bei dem Ärger habe ich allerdings eines gelernt: Welche Gemeinden eigentlich zur Stadt Düren gehören. Da hatte ich mir 15 Jahre lang keine Gedanken drüber gemacht. Das war also Weiterbildung.

## 6. Zu den falschen Zahlen – wie erklären Sie sich das?

Da müssen Sie die Gutachter fragen. Ich habe allerdings eine ziemlich simple Erklärung.

Wer in der amtlichen Statistik z. B. nach „Metallindustrie“ schaut, der wird eher vergeblich suchen. Die Statistik segmentiert: da finden Sie dann Fahrzeugteile, Gießereien, Herstellung von Elektroartikeln etc.

Und wenn Sie dann nicht alle Segmente zusammenfassen (das wären für die Metall- und Elektroindustrie mehr als ein Dutzend), dann haben Sie den Überblick verloren.

**Anders gewendet:** Wenn man dem Betrachter Motor, Getriebe, Lenkrad und viele Einzelteile zeigt, ist das sicher interessant. Am Ende aber muss das ganze Auto wieder sichtbar werden.

Düren, 7. Mai 2015

GASTKOMMENTAR

# Stillose Gewerkschaften

**D**rei Rechtsgrundsätze im Arbeitskampf scheinen vergessen: Zunächst gilt immer noch der Ultima-Ratio-Grundsatz. So verbieten sich Arbeitsniederlegungen, solange die Parteien noch am Verhandlungstisch sitzen. Die Praxis sieht anders aus: In der jüngsten Metalltarifrunde gab die IG Metall vor Aufnahme der Verhandlungen die Unternehmen bekannt, gegen die sich erste Streikaktionen richten würden. Das ist kein Rechtsbruch, lässt aber Schlüsse auf den Stil der Auseinandersetzung zu. Warnstreiks werden inzwischen als „Nadelstichpolitik“ der Arbeitnehmer hingenommen. Tatsächlich sind sie echte Arbeitskampfmaßnahmen und beinhalten die Aussage, die Verhandlungen seien gescheitert.

Mit dem Ultima-Ratio-Grundsatz lässt sich das schwerlich vereinbaren, erst recht nicht, wenn die „Nadelstiche“ zum wirtschaftlichen „Keulenschlag“ werden. So geschehen in der jüngsten Metalltarifrunde, als ein Großteil aller Warnstreikstunden bei einem einzigen Mitgliedsunternehmen anfiel. Die Gewerkschaft richtete dort einen überproportionalen Schaden an, der einem Flächenstreik entsprach.

Ein derart fokussierter Warnstreik verstößt zweitens gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Jeder Arbeitskampf muss in der Situation den Kriterien der Geeignetheit, der Erforderlichkeit und der Angemessenheit genügen. Nun mag der fokussierte Warnstreik geeignet sein, den gewünschten Eindruck zu machen. Doch in laufenden Verhandlungen dokumentiert der Verhandlungspartner noch seine Bereitschaft zur friedlichen Lösung. Hinzu kommt: Wenn sich die „Nadelstiche“ zu „Keulenschlägen“ gegen einzelne Mitglieder der Koalition entwickeln, dann fehlt

es ganz sicher an der Angemessenheit der Maßnahme.

Das aktuelle Streikgeschehen gibt Anlass, an einen dritten Grundsatz des Arbeitskampfrechts zu erinnern: Die Akteure sind immer dem Gemeinwohl verpflichtet. Insbesondere diesen Grundsatz missachten zurzeit die Lokführer. Zu Recht würde der gescholten, der die Sozialverpflichtung des Eigentums infrage stellt. Ebenso muss eine Sparten-gewerkschaft, die den Bahnverkehr weitgehend lahmlegt, um gewerkschaftliche Rivalitäten auf dem Rücken der Gesellschaft auszutragen, auf den Weg der Gemeinwohlorientierung zurückgewiesen werden. Hier müssen im Gesamtinteresse wieder klare Grenzen gezogen werden. Bisher sind diese immer wieder verschoben worden. Das Streikrecht aber ist wie das Eigentumsrecht nicht grenzenlos von der Verfassung gewährt.

In der Arbeitskampflage ist eine Situation eingetreten, die es notwendig macht, den drei zeitlos gültigen Prinzipien des Arbeitskampfes wieder mehr Geltung zu verschaffen. Ultima-Ratio-Prinzip, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Gemeinwohlverpflichtung sind auslegbar. Doch der ihnen innewohnende Kern, der sich aus der Verfassung ergibt, darf nicht angetastet werden. Sonst würde man unsere sozialstaatliche Wirtschaftsordnung infrage stellen. Es geht um mehr als um Etikette. Wohin eine Verrohung der guten Sitten der Kaufmannschaft führen kann, ist seit der Finanzkrise 2008 bekannt. Ein vergleichbarer Sittenverfall im Arbeitskampf darf nicht sein. Die Regeln sind da, man muss sie nur einhalten.

Die Rechtsgrundsätze von Streiks geraten in Vergessenheit, bedauert Luitwin Mallmann.



**Der Autor ist Hauptgeschäftsführer des Verbands Unternehmer NRW.**

Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)